

# Bestehenden Ratsbeschluss umsetzen

## CSU-Ortsvorsitzender fordert den Abriss der beiden mittleren Wachbaracken

**Moosburg.** (red) CSU-Ortsvorsitzender Maximilian Mader fordert von Bürgermeister Josef Dollinger, sich mit Nachdruck beim Landratsamt dafür einzusetzen, dass der bestehende Stadtratsbeschluss, der den Abriss der mittleren Wachbaracken und die Errichtung eines Informations- und Dokumentationszentrums in Wachbaracke 1 vorsieht, umgesetzt werden kann. Die Baracken nahe dem Schulzentrum in der Moosburger Neustadt sind Teil des einstigen Kriegsgefangenenlagers Stalag VIIA.

In einer Pressemitteilung teilte

Mader kürzlich mit: „Ich weiß die Arbeiten der wissenschaftlichen Forschung und des Stalag-Vereins sehr zu schätzen. Mit unermüdlichem Einsatz haben sie sich für die Dokumentation der Baracken und der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers eingesetzt. Die Baracken sind nun umfassend dokumentiert und für die Nachwelt festgehalten. Aber die Fachleute haben recht mit ihrer Einschätzung, dass ohne Nutzung jedes Denkmal irgendwann dem Tod geweiht ist und Steuergelder verschlingt, wie das Beispiel Sabbathiel-Baracke zeigt. Und Fakt ist,

dass eine Nutzung aller drei Baracken aus Kostengründen nicht in Frage kommt.“ Zudem sei, so Mader, der Begriff des Denkmals zunächst ein unbestimmter Rechtsbegriff und im Fall der Baracken unter Fachleuten umstritten. Damit ist nach Ansicht Maders der bestehende Beschluss des Stadtrats der Kompromiss, der die widerstreitenden Interessen am besten ausgleicht. Mit dessen Umsetzung könne die Nutzung der Wachbaracke 1 als Informations- und Dokumentationszentrum endlich vorangetrieben werden und damit könnten

auch die umfangreichen Rechercharbeiten zum Kriegsgefangenenlager der Öffentlichkeit präsentiert werden. „Mit dem Abriss der beiden mittleren Wachbaracken könnten demgegenüber die dringend benötigten Flächen für die Erweiterung des Schulzentrums vorgenommen werden“, so Mader. Als Ortsvorsitzender habe er die Interessen Moosburgs im Blick. „Ich appelliere an die Vernunft der Verantwortlichen, diesen Kompromiss im Sinne der Schüler, aber auch im Sinne der Stadtentwicklung endlich umzusetzen“, so Mader abschließend.